Nummer 144 Halle, Freitag, den 22. Juni 1923 58. Jahrgang
Einzelpreis: 250,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Fruchtstraße 24, sowie die bekannten Filialen Laufen und zahlen stündlich Tagespreis für alle Rohprodukten

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 5150.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 5150.00 Mark, in äußeren Bezugsbezirken abgeholt 5000.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 400.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 500.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 2000.00 Mark im Ortsverkehr und 2500.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 1, Fernruf: Sammel-Nummer 7431, die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck und Verlag: Saalezeitung Halle/Saale". Post-Rechnung. Bankhaus Kemhels Strauner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Das Mühen um die Markverbesserung.

Devisen-Hazzia in Polen.

Der Kampf um die Polenmark. — Einzigartige Maßnahmen.

(Eigene Drahtmeldung.)

Warschau, 21. Juni.

Warschau steht unter dem Zeichen des seit gestern ausgebrochenen Valutakampfes, hinter dem alle anderen Fragen zurücktreten. Finanzminister Grabski führt den Kampf um die Polenmark, der den Kampf um sein ministerielles Schicksal, ja, vielleicht den des ganzen Kabinetts bedeutet, mit Mitteln, die noch nirgends in derlei Fällen angewandt worden sind. Alle polnischen Valutabörsen sind geschlossen worden, alle Banken und Exporteure müssen ihre fremden Devisen restlos an die Staatliche Darlehnskasse abliefern. Seit heute gibt diese selber den tonangebenden Dollarkurs — heute mit etwa 100 000 Polenmark für einen Dollar — wobei man offiziös verlauten läßt, daß ein noch niedrigerer Kurs bevorstehe. Dadurch veranlaßte die Darlehnskasse namentlich die kleinen Besitzer fremder Edelvaluten, pantartig ihre Bestände der Staatskasse anzubieten. Diese Wirkung wird verstärkt durch das amtliche Verbot, Valutakurse ausländischer Börsen in irgendeiner Form zu veröffentlichen. In der Nacht auf heute fanden Massenarreste und Revisionen nicht nur in den Kontoren von Spekulanten, sondern auch in den Privatwohnungen statt unter einem großen Aufgebot von fiskalischen und Polizeibeamten sowie Kraftwagen. Insgesamt wurden 40 bekannte Mitglieder der sogenannten „Schwarzen Börse" verhaftet. Die unmittelbare Geldbeute war gering. Es wurden insgesamt etwa 1500 Dollar (!) vorgefunden.

*

Die Hoffnung der Polen, endgültig ihre Währung von der deutschen Mark zu emanzipieren, ist zunichte geworden. Die Versuche, die Steuereingänge aus Oberschlesien, ältere Reichsmarkbestände und Edelvaluten zu benutzen, um die Polenmark zu stützen, waren vergeblich. Die letzte Markkatastrophe hat auch die Polenmark mitgerissen, ja, die Devise Warschau ist auf den Börsen der hochvalutarischen Länder noch schneller gesunken als die Devise Berlin. Innerhalb zweier Wochen hat sich der Wert des polnischen Geldes auf den vierten Teil verringert. Die öffentliche Meinung in Polen war entsetzt über diesen Währungssturz und drängte die Regierung zu energischen Maßnahmen gegen die Spekulation. Der Finanzminister Grabski ließ es an Strenge nicht fehlen. Seine Maßnahmen sind die rigorosesten, die man in der Nachkriegszeit — von Sowjet-Rußland vielleicht abgesehen — gegen die Spekulation unternommen hat, schärfer noch als das System Raichins in der Tschechoslowakei. Ob sie Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht übersehen. Wie scharf durchgegriffen wurde, zeigt z. B. auch die Tatsache, daß eine allgemeine Sperre des Fernsprechers in Kraft trat.

Die Neuordnung des Devisenverkehrs.

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Banken, der Industrie und des Handels über die Neuordnung des Devisenverkehrs wurden gestern nachmittag fortgesetzt. Nach etwa dreistündiger, zum Teil sehr lebhafter Aussprache konnten die Besprechungen in diesem größeren Kreise abgeschlossen werden. Beratungen im kleineren Kreise werden wohl weiterhin stattfinden. Die Ergebnisse der Beratungen liegen dem Reichskabinett in Form von Gutachten vor. Man nimmt an, daß das Reichskabinett sich in aller Kürze damit befassen und dementsprechende Verordnungen erlassen wird. Die einschneidendste Bestimmung wird die Einführung eines Einheitskurses für Devisen sein. Damit soll dem Vormittags- und Nachmittagsfreiverkehr ein Ende gemacht werden. Die für den Augenblick als unerläßlich angesehenen Bestimmungen werden sofort auf dem Verordnungswege getroffen werden. Mit weiteren Bestimmungen ist für die nächste Zeit zu rechnen. So verlautet, daß der Devisenverkehr nur auf einen bestimmten Kreis von Banken beschränkt wird. Voraussichtlich dürfte der Reichsregierung von den Banken ein bedeutender Betrag an Devisen leihweise für die Markstützung zur Verfügung gestellt werden. Der Betrag wird ungefähr der Summe entsprechen, auf die man seinerzeit das Ergebnis der inneren Dollaranleihe veranschlagt hatte, die aber dann von den Zeichnungen bei weitem nicht erreicht wurde. Im Laufe des gestrigen Tages empfing der Kanzler auch die Führer der Parteien, denen er über die beabsichtigten Maßregeln Mitteilung machte.

*

Am Mittwoch haben abermals Besprechungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde und der Regierung über die Frage der weiteren Löhne stattgefunden. Am Freitag treten die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller Richtungen zur Ausarbeitung eines einheitlichen Vorschlages zusammen. Dieser Besprechung liegt ein Entwurf des Afabundes zugrunde, der einen wöchentlich vom Statistischen Reichsamt festzustellenden aus Groß- und Kleinhandelspreisen errechneten Index als Lohnbasis vorsieht. In ganz anderer Richtung bewegen sich die Forderungen der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, die am Donnerstag in einer Versammlung unerfüllbare Forderungen aufstellte. In einer Entschließung wird ein Mindestwochenlohn von 5 Dollars und eine Mindestjahresrente von wöchentlich 2 Dollars gefordert. Gleichzeitig sollen die Unternehmer eine Summe in der Lohnhöhe als Steuerleistung abführen, ebenso die Hälfte der Zinsen, Dividenden, Tantiemen und Aufsichtsratsvergütungen. Der Opposition waren diese Forderungen noch zu „pflaumenweich"; sie forderte neben der Arbeitsverweigerung für Devisenspekulanten die Ausrufung des Generalstreiks, damit der Stein ins Rollen käme. Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die Neuregelung des Lebenshaltungsindex durch das Statistische Reichsamt wird, wie vom Arbeitsministerium versichert wurde, in 14 Tagen erfolgen können.

Die Unterredung der Premierminister.

Paris, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Petit Parisien" schreibt mit Bezug auf eine Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin, daß Poincaré bereit sei, mit Baldwin zusammenzutreffen. Er könne sich aber höchstens ein bis zwei Tage aus Paris entfernen, solange die parlamentarische Session noch andauere. Englischerseits sei man der Ansicht, daß eine Unterredung nicht zweckmäßig sei, solange Frankreich und Belgien auf den englischen Fragebogen nicht geantwortet hätten. Wenn die Unterredung in diesen Tagen, d. h. noch vor der französisch-belgischen Antwort, erfolgen sollte, so wird sie voraussichtlich in Paris stattfinden oder aber auf dem halben Wege zwischen Paris und London.

*

London, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Abgeordnete Waadswood fragte im Unterhaus: „Ist es nicht angezeigt, mit Rücksicht darauf, daß Unruhen ausbrechen können, eine besondere Untersuchung einzuleiten, um in Erfahrung zu bringen, ob Lebensmittelzufuhren wirklich behindert sind?" Baldwin antwortete: „Ich zweifle nicht daran, daß in dieser Hinsicht in diesem Augenblick Erkundigungen eingezogen werden. Ich selbst werde diesen Punkt noch prüfen."

Paris, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Intransigeant" meldet, daß in Brüssel eine Ergänzung der von der englischen Regierung ausgehenden Fragen über das Ruhegebiet eingeleitet sei.

Einsicht in England.

London, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Times" veröffentlichen heute einen Leitartikel über den Ruhrkonflikt. Die Zeitung erklärt, daß die Lage in den letzten vierzehn Tagen infolge des Marksturzes sich verschlechtert habe. Es ist möglich, daß Deutschland zurzeit, als es seine letzten Vorschläge machte, mehr hätte anbieten können, aber es sei fraglich, ob es jetzt auch nur die damals angebotene Ziffer aufrechterhalten könne. Es sei ganz sicherlich zu behaupten, Deutschland ruiniere sich, um die Reparationen nicht bezahlen zu brauchen. Die Frage, ob ein wirtschaftlich und politisch starkes Deutschland in Zukunft für Europa eine Gefahr wäre, hat jetzt nur akademischen Wert. Wenn der Marksturz weiter fortschreitet, sind in Deutschland große soziale Umwälzungen zu erwarten. Niemand könne Interesse am Ausbruch von Unruhen in Deutschland haben. Anstatt Zahlungen bieten zu können, würde Deutschland wie Rußland zusammenbrechen und ein ewiger Almosenkandidat werden. Gegenwärtig stehe der Wohlstand Europas auf dem Spiele. In den Verhandlungen mit Frankreich würde die englische Regierung versuchen, dem schnell wirkenden Zerstörungsprozeß in Deutschland entgegenzuwirken.

*

Das sind Stimmen, die man hört und zu den Akten nimmt, die aber nicht im geringsten Frankreichs Pläne beeinflussen. Auch aus Rom kommt die Nachricht, daß dort ein Engländer aus seinem Herzen keine Mördergrube machte: Das extrem faszistische Organ „Impero" hatte eine Unterredung mit dem in Rom weilenden englischen Abgeordneten Sir John Ward, der mit Balfour und Fisher Mitglied der englischen Delegation beim Völkerbund ist. Ward, der eine Rundreise durch Deutschland gemacht hat, erklärte, Deutschland sei nicht wiederzuerkennen. Vom imperialistischen und militaristischen Deutschland sei keine Spur mehr vorhanden, und ein Revanchegeist existiere überhaupt nicht. Darum sei die Brutalität der Franzosen gegen das niedergeworfene und zusammengebrochene Deutschland unhuman und müsse aufhören. Auch Italien, das Vaterland Garibaldis, müsse sich gegen dieses Attentat wider die Zivilisation auflehnen. Der „Impero" meint indessen, jeder Appell an die Sentimentalität ist „zwecklos". Italien, das jetzt imperialistische Bahnen wandle, könne lediglich eine Realpolitik treiben.

Schwierige Kabinettsbildung.

Paris, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die aus Brüssel vorliegenden Berichte besagen, daß es Theunis noch gelingen werde, wieder Fuß zu fassen, und daß er am heutigen Nachmittag wahrscheinlich bindende Zusicherungen über die Kabinettsbildung beim Könige abgeben werde. Theunis habe einen seiner früheren Mitarbeiter beauftragt, ein neues Projekt über die flämisch gefärbten Vorlesungen an der Genter Universität auszuarbeiten. Theunis möchte auf diese Weise den Anhängern des flämischen Gedankens gegenüber großes Entgegenkommen an den Tag legen.

Revolution in Albanien.

Paris, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Matin" aus Belgrad wissen will, ist in Albanien eine Revolution ausgebrochen. Die Revolutionäre, die in einem Kampf mit den Regierungstruppen siegreich waren, fordern angeblich mit Unterstützung Italiens und der katholischen Geistlichkeit die Rückkehr des Prinzen von Wied.

Zunächst keine Neuregelung des Ortsklassengesetzes. Der Ausschuß des Reichstages zur Nachprüfung des Ortsklassengesetzes faßte am 21. Juni nach langen Beratungen eine Entschließung, daß im Augenblick mit Rücksicht auf die schwankenden Verhältnisse eine Neuregelung des Ortsklassengesetzes nicht zweckmäßig sei. Es wurde jedoch von der Regierung die baldige Vorlage eines neuen Gesetzes auf Grundlage des Wohnungsgeldes verlangt, das durch Schaffung gleichmäßiger Wirtschaftsgebiete die Härten bei den örtlichen Sonderzulagen auszugleichen bestrebt ist.

Verurteilte Ankläger.

Das Vertrauensvotum der Großen Koalition.

Die große Debatte im Preußischen Landtage anläßlich der dritten Etatlesung war gewiß reich an unerfreulichen Begleiterscheinungen, ihr Endergebnis aber bedeutet einen fruchtbringenden Gewinn in doppelter Richtung. Der Vorstoß der Deutschdemokraten, die auf Klärung drangen, hat zu einem vollen Erfolge geführt. Die Parteien der großen Koalition haben dem Gesamtministerium ihr Vertrauen ausgedrückt, und der preußische Ministerpräsident hat die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß das Gesamtkabinett hinter dem Innenminister Severing steht. Nach dem Gang der Debatte war das eine Selbstverständlichkeit. Denn der deutschnationale Vorstoß gegen Herrn Severing ist nicht nur abgewehrt worden, sondern die Ankläger gerieten von Tag zu Tag mehr in die Rolle der Angeklagten. Die deutschnationale Niederlage war endgültig. Mit Recht konnte der demokratische Sprecher Abg. Ruschke feststellen, daß man bis in die Zeiten des seligen Ahlwardt zurückgehen müsse, um einen ähnlichen Reinfall zu finden. Seit Wochen war in der deutschnationalen Presse, zumeist in versteckter Form, die Behauptung aufgestellt worden, Herr Severing trage die Schuld daran, daß Schlageter von den Franzosen verhaftet werden konnte. Bis zuletzt ist an dieser infamen Verdächtigung festgehalten worden. Sie ist durch den Verlauf der Debatte in nichts zerstoben. Wahr ist es, daß Schlageter von zwei Roßbachleuten, dem Leutnant Schneider und dem Unteroffizier Götze verraten worden ist. Beide haben bereits gestanden, daß sie von dem französischen Spionagedienst 700 000 Mark Judaslohn empfangen haben.

Der Steckbrief, der zur Verhaftung wahrscheinlich gar nichts beigetragen hat, ist auf Grund eines Schreibens des deutschnationalen Bürgermeisters von Kaiserswerth ergangen. Das Städtchen hat eine kommunale Polizei, die dem Minister des Innern nur insofern untersteht, als er Kommunalaufsichtsbehörde ist. Bei der Besetzung hat naturgemäß der Minister des Innern gar nicht die Möglichkeit, diese Polizeistellen zu instruieren. Man kann dem deutschnationalen Bürgermeister wegen seines Briefes auch kaum Vorwürfe machen. In seiner Gemeinde waren Geiseln festgesetzt worden, und um ihr Leben zu retten, ließ sich der Bürgermeister zu jenem Briefe bereitfinden. Aber wenn die Deutschnationalen Vorwürfe erheben wollen, so können sie das bestenfalls doch nur gegen ihren Parteigenossen, aber nicht gegen den Minister des Innern tun, der weder um den Brief gewußt hat, noch ihn billigt. Ebenso restlos sind alle anderen Angriffe abgerallt. Die Deutschnationalen versuchten in letzter Stunde, dem Minister daraus einen Vorwurf zu machen, daß das Berliner Polizeipräsidium gegen den Bandenführer Heinz Hauenstein eingeschritten ist. Auch das ist ohne jedes Wissen des Ministers, aus pflichtgemäßem Ermessen der Polizei heraus erfolgt, und wenn Herr Severing es gehindert haben würde, so hätte er sich eines schweren Amtsverstoßes schuldig gemacht. Bei den Verdächtigungen über die Elberfelder Vorkommnisse konnte der Minister mit Rücksicht auf die Ruhrbesetzung nur in Andeutungen reden. Aber allein seine Feststellung, daß er auf Veranlassung einer Reichsbehörde eingeschritten ist, schlug den Angreifern die letzte Waffe aus der Hand. Wenn in unserer von Parteiwut zerrissenen und durch Haß verblendeten Zeit noch Besinnung wäre, dann wäre es die Pflicht der deutschnationalen Führer gewesen, ihre Irrtümer einzugestehen. Anstatt dessen ließen die maßgebenden deutschnationalen Führer die Herren Bäcker und Schlange auf das Haus los, und diese beiden Männer begriffen noch nicht einmal den Umfang ihrer Niederlage.

Erfreulich ist es dagegen, daß in den Kreisen der Deutschen Volkspartei die Schlage ganz klar erfaßt wird. Die Nationalliberale Korrespondenz, das amtliche Organ der Deutschen Volkspartei, sagt mit Recht, daß Herr Severing die deutschnationalen Beschuldigungen widerlegt habe, und daß das Schaugerüst, das seine blindwütigen Ankläger zimmerten, sich zwar nach erhebe, aber am Pranger stehe nicht der Angeklagte Severing, sondern seine Ankläger. Das ist durchaus richtig gesehen, und das Organ der Deutschen Volkspartei hat vollkommen recht, wenn es feststellt, daß die Amokläufer Bäder und Schlange Severing zu einem Triumph verholfen haben, dem man ihm, als durch die Umstände bitter und ehrlich verdient, lassen müsse. Aber man muß dem volksparteilichen Organe auch darin zustimmen, wenn es auf die politischen Fernwirkungen verweist, die die täppische deutschnationale Hetze ausübt. Es geht jetzt nicht um Severing, es geht um den Staat, um Preußen, das Reich und die Zukunft des deutschen Volkes. Das ist durchaus zutreffend. In den Zeiten, wie wir sie jetzt leider vor uns haben, schädigt man sein Vaterland, wenn man die Träger der Verantwortung mit ungerechtfertigten Schmähungen überhäuft. Es kann gewiß auch in kritischen Stunden für das Land nützlich sein, wenn die Opposition eine unhaltbare Situation aufdeckt. Das ist unter Umständen ihre Pflicht. Davon konnte aber bei den deutschnationalen Angriffen gegen Severing auch nicht im entferntesten die Rede sein. Die Ankläger hatten sich nicht einmal die Mühe genommen, die vorgebrachten Verdächtigungen zu prüfen. Allerdings in einem hat sich das deutschnationale Vorgehen schon als die Kraft erwiesen, die zwar das Böse wollte, aber das Gute geschaffen hat. Das preußische Kabinett geht aus dem Kampfe gestärkt hervor. Und das ist wichtig, weil das Staatsministerium sich vor schweren Arbeiten sieht, die letzten Endes der deutschen Freiheit gelten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230622010/fragment/page=0001

Das Todesurteil gegen Görges bestätigt.

Die Revision des wegen Sabotageversuchs zum Tode verurteilten Landwirtschaftslehrers Görges ist verworfen worden. Görges hatte sich als aufrechter Mann zu dem ihm zur Last gelegten „Verbrechen" mutig bekannt. Die Sympathien des deutschen Volkes werden auf seiner Seite stehen, auch wenn man seine Tat als zwecklos nicht billigt. Aber die Franzosen irren, wenn sie durch solche Schreckensurteile glauben, den Widerstand der Bevölkerung gegen das ihr angetane Unrecht brechen zu können. Das Todesurteil bleibt ein Rechtsbruch, auch wenn es nach dem Wortlaut der 2. Verordnung des Generals Degoutte begründet ist; diese Verordnung selbst widerspricht allen völkerrechtlichen Grundsätzen. Die Machthaber an der Seine, die Starrköpfigkeit mit Energie verwechseln, sollten den französischen Spruch nicht vergessen, daß man mit Bajonetten alles machen kann, nur nicht sich darauf setzen. Der Versuch, die gewaltsame Wirtschaft des Ruhrgebietes lahmzulegen, hat jetzt die Zechen veranlaßt, die Kohlenförderung auf den Eigenbedarf zu beschränken. Die Franzosen werden also noch weniger Kohlen erhalten, als bisher.

Unerhörte Uebergriffe der französischen Soldateska.

Mannheim, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der vergangenen Nacht gegen 1 und 2 Uhr spielten sich in der Gegend des Jungbusches und des Luisenringes schwere Ausschreitungen von Angehörigen der französischen Besatzung ab. Wie die Polizeidirektion mitteilt, hielten sich die Soldaten auf unbestem Gebiet auf und überfielen mit vorgehaltenen Revolver mit den Rufen: Hände hoch! die Vorübergehenden. Nachdem sich die Franzosen ins besetzte Gebiet zurückgezogen hatten, eröffneten sie ein Schießfeuer gegen die deutsche Polizei, das von dieser erwidert wurde. Ein Polizeibeamter wurde von einem Querschläger getroffen. Nach dem Vorfall patrouillierten die Franzosen in das unbesetzte Gebiet. Eine Untersuchung des Vorfalles ist im Gange. Daß nicht Tote auf dem Platze geblieben sind, ist ein Wunder. Wäre es der Fall gewesen, so würde die Verantwortung einzig und allein die Franzosen treffen.

*

Münster, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe der Lippe im Amtsbezirk Marl sind bei der Paßregelung zwei belgische Soldaten erschossen und ein dritter schwer verletzt worden. Die beiden Täter sind entkommen. Ueber Marl wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Eine Reihe von Personen sind als Geiseln festgenommen worden.

Schändliche Behandlung der Kruppdirektoren.

London, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Düsseldorfer Korrespondent der „Daily Mail" berichtet, daß Herr Krupp von Bohlen bisher nicht in das Gefängnis in Zweibrücken überführt worden sei, sondern an Ort und Stelle die Entscheidung des Kassationsgerichtshofes abwarte. Krupp von Bohlen sei in einer engen Alleinzelle untergebracht und erhalte ausschließlich die Gefangenenkost. Krupp von Bohlen befinde sich weniger als seine verurteilten Mitdirektoren, die insbesondere unter dem völligen Mangel an Tätigkeit litten.

*

Essen, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Vor dem französischen Kriegsgericht in Werden hatten sich fünf Schutzpolizeibeamte aus Essen zu verantworten, denen zur Last gelegt wurde, anläßlich ihrer Verhaftung den französischen Gendarmen Widerstand geleistet und sie durch Aeußerungen beleidigt zu haben. Die Angeschuldigten bestritten dies und sagten aus, daß sie selbst von den französischen Gendarmen beleidigt worden seien. Das Kriegsgericht verurteilte sie sämtlich zu schweren Strafen. — Nach Mitteilung französischer Gendarmen können die Familien der ausgewiesenen Eisenbahner in ihren Wohnungen bleiben unter der Bedingung, daß sie französische Eisenbahner in ihrem Quartier aufnehmen.

Preußischer Landtag.

Berlin, 21. Juni. Der Preußische Landtag ist noch immer bei der allgemeinen Aussprache zur dritten Lesung des Haushaltes. Am Donnerstag, also am vierten Tage dieser Aussprache, war das Interesse allerdings gewaltig abgeebbt. Es schien so, als ob man nunmehr des Streites müde wäre. Die Polemik des Sozialdemokraten **Limbertz**, der als erster am Donnerstag sprach, gegen die Kommunisten brachte nicht viel Neues. Trotzdem die äußerste Linke in Lärmrufen sich entrüstete, nahm niemand diese Entrüstung allzu ernst. Kurz und rubig sprach der Abg. von **Papen** gegen den **Terror beim Landarbeiterstreik** in Schlesien, lehnte jedoch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Vorgänge bei diesem Streik, wie die Deutschnationalen ihn beantragt hatten, ab. Der Demokrat **Nuschke** behandelte noch einmal eingehend die Schlageterangelegenheit und den Verrat. Als dann der Abg. **Baecker** das Wort nahm und dem Minister vorwarf, er habe sich bei seinen Erklärungen und Maßnahmen auf falsche Gerüchte gestützt, flammte die Erregung aufs neue im Hause auf. Minister **Severing** wies diese Behauptung zurück und polemisierte gegen die deutschnationale Presse im allgemeinen und gegen die „Deutsche Tageszeitung" im besonderen, deren Chefredakteur Baecker er vorwarf, er habe seinen Aufenthalt in Münster anläßlich der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse dazu benutzt, um sich in dieser Stadt unrichtige Informationen zu verschaffen. Die Erregung auf deutschnationaler Seite während der Rede des Herrn Severing entlud sich schließlich noch einmal in einer Fülle persönlicher Bemerkungen, wobei der Abg. Baecker (Dn.) Verwahrung gegen die zitierte Aeußerung des Ministers über seine Tätigkeit in Münster einlegte und erregten Tones erklärte, er habe bis zur physischen Erschöpfung in Münster seine ganze Person in den Dienst der deutschen Presse gestellt. Damit war man am Ende der allgemeinen Aussprache zur dritten Lesung des Etats. Es schloß sich an die Beratung der Einzelhaushalte. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

25fache Einkommensteuer!

Der Steuerausschuß des Reichstages beschloß am Donnerstag, die Vorauszahlungen für die Einkommensteuer auf das Fünfundzwanzigfache und für die Körperschaftssteuer auf das Fünfunddreißigfache zu erhöhen. Die Vorauszahlungen auf die Einkommen der juristischen Personen, denen ein Wirtschaftsabschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde liegt, sollen weiter verviertelt werden. Die Körperschaften (Erwerbsgesellschaften), die in der Zeit zwischen dem 31. März und dem 30. September 1922 ihr Geschäftsjahr abgeschlossen haben, sollen mit Rücksicht darauf, daß sie nach den bestehenden Bestimmungen als Vorauszahlung für das Jahr 1923 bis jetzt nur 15 v. H. des ausgewiesenen Bilanzgewinnes des Vorjahres gezahlt haben, was eine Ungerechtigkeit gegenüber allen anderen physischen und juristischen Personen bedeutet, auch zum 15. August 1923 eine weitere Vorauszahlung in Höhe des hundertfachen der Zahlung vom 1. Mai zu entrichten haben.

Wiederum Erhöhung der Bahntarife.

Spätestens am 1. August.

Berlin, 21. Juni. Wie wir hören, sind vom Reichspostministerium schon wieder Vorarbeiten für eine neue Tarifserhöhung im Gange, die spätestens bis zum 1. August in Kraft gesetzt werden dürfte. Vom Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt: Der Reichsverkehrsminister ist dem Gutachten des Ausschusses hinsichtlich der Personentarife beigetreten. In Anbetracht der höheren Bewertung der Mark hat sich der Reichsverkehrsminister jedoch zu der vom Ausschuß vorgeschlagenen Erhöhung der Gütertarife um 250 v. H. nicht entschließen können und eine Erhöhung um 200 v. H. für ausreichend erachtet. Die durchschnittliche Frachtrate stieg damit auf das 18 800fache der Friedenssätze. Die neuen Tarife sollen am 1. Juli in Kraft treten.

*

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat auf Wunsch der zur Zentralarbeitsgemeinschaft gehörenden Bergarbeiterverbände diese zu Lohnverhandlungen eingeladen. Die Verhandlungen sollen im Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Alle Ministerstambulijskis verhaftet.

Sofia, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die früheren Minister des Kabinetts Stambulijski Dutlakoff, Manoloff und Tomoff wurden verhaftet. Damit sind nunmehr mit Ausnahme Oboffe, der nach Bukarest flüchten konnte, alle gewesenen Minister der Regierung Stambulijski in Haft. Die Regierung erklärte, daß auch die letzten Unternehmungen der Bauernparteien beendet seien und daß im ganzen Lande wieder normales Leben herrsche. Die Bauernpartei suche bereits mit der Regierung zu unterhandeln. Die Regierung werde jedoch das Parlament nicht mehr zusammenrufen, sondern erst Neuwahlen veranstalten.

*

Rom, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der bulgarische Umsturz wird erst jetzt von den mögebenden Blättern durch besondere Kommentare beurteilt. Uebereinstimmend kommt der Gedanke zum Ausdruck, es sei das hervorragendste Interesse Italiens, die Schwächung Bulgariens zu verhindern, da Bulgarien ein wesentliches Gegengewicht gegen die Uebertreibungen der panserbischen und der panrussischen Gelüste darstelle. Die Aeußerungen des südslawischen Ministers Nincio, Italien habe die bulgarische Revolution finanziert, rufen empörte Kommentare hervor.

Parteitag der Thüringer Demokraten.

Erfurt, 21. Juni. Der Landesverband Thüringen der Deutschdemokratischen Partei hatte seine Delegierten nach Erfurt, ins Hotel „Zum Kaffeemühlchen" zu einem ordentlichen Parteitag zusammenberufen. Der Vorsitzende, Baurat Böal-Erfurt, begrüßte insbesondere die Reichstagsabgeordneten Frau Dr. Gertrud Bäumer und Erkelenz, die thüringischen Landtagsabgeordneten und den Professor Gerland-Jena. Den Kassenbericht erstattete Bankier Stier-Erfurt. Die Beiträge fließen seit dem 1. April reichlicher, die Parteikasse ist nunmehr über den toten Punkt hinweggekommen. Zum Anschluß daran entspann sich eine rege Aussprache auf die Anregung des Reichstagsabgeordneten Erkelenz hin über die Frage, ob für den Wahlkreisverband nicht ein Parteisekretär einzustellen sei. Die sich aus dieser Aussprache ergebenden Anregungen werden dem Vorstand als Material überwiesen. Der geschäftsführende Vorstand, bestehend aus Baurat Böal als Vorsitzendem, Telegraphendirektor Fricke-Erfurt als Schriftführer und Bankier Stier als Kassenführer, wird wiedergewählt. Nunmehr erteilte der Vorsitzende dem Professor Gerland das Wort, der in einem längeren Referat über die außenpolitische Lage berichtete. Der Redner skizzierte im ersten Teil seiner Ausführungen ein Bild des gegenwärtigen Standes der Beziehungen der einzelnen Großmächte untereinander. Die europäische Frage scheine in einen Gegensatz zwischen England und Frankreich zu münden. Englands Politik erstrebe die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Mächte; demgegenüber betreibe kontinentale Hegemoniepolitik und bedürfe zu seiner Rückensicherung eines zerstückelten Deutschlands. Die Aufrichtung sei daher nur unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten. Sie sei wie die Reparationsfrage eine rein politische Frage. Mit wirtschaftlichen Argumenten müsse Deutschland bis an die Grenze des Möglichen leben, was natürlich auch für die Garantien Frankreichs gelte. Endlich seien auch Minimalforderungen festzuhalten, so an der Forderung der Freilassung sämtlicher Gefangener, der Niederschlagung aller Geldstrafen und Zurückbeförderung aller Vertriebenen in ihre Heimat. Wenn Frankreich auf diese Minimalforderungen nicht eingehe, dann müsse der Kampf bis passiven Widerstandes fortgeführt werden. Letzterer vor der Verhandlungen aufzugeben, sei ein Ding der Unmöglichkeit, denn wir dürften den Fehler nicht wiederholen, den unsere Bevollmächtigten 1918 begangen haben: zu demobilisieren in einem Augenblick, in dem eine neue Mobilisation nicht durchgeführt werden könnte.

Als Referentin über die innerpolitische Lage führte Frau Reichstagsabgeordnete Gertrud Bäumer aus, daß angesichts der kommenden Entscheidungen die Frage ausschlaggebend sei, ob in Deutschland sich ein einheitlicher Wille für die Ueberwindung der entstehenden Notwendigkeiten bilde. Eine große Gefahr liege in der Meinungsverschiedenheit über die deutschen Vorschläge, daß auf der einen Seite die nationalen Leidenschaften, auf der anderen Seite ein Mangel an Opferbereitschaft die Einheit zerschlagen könnten. Unter dem Druck der außenpolitischen Lage dürfe durch eine reaktionäre Schule die geistige Freiheit in politischer Beziehung nicht preisgegeben werden, die das Erbe der letzten drei Jahrzehnte deutscher Entwicklung sei. Die Deutschdemokratische Partei stehe in bezug auf die geistige Freiheit des Lehrers und seiner staatsbürgerlichen Rechte auf dem Boden der Bekenntnisschule und werde hier keine Kompromisse schließen. Die Rednerin behandelte weiter die Gefahr der parteipolitischen Strömungen. Auf die wirtschaftliche Lage eingehend, forderte sie im Hinblick darauf, unter dem Druck der Geldentwertung und der außenpolitischen Verhältnisse eine vernünftige, gerechte und wahrhaft ökonomische Wirtschaftspolitik zu treiben. Die immer wieder hinausgeschobene grundsätzliche Reform des Steuerwesens müsse vom Gesichtspunkte der Vereinfachung beherrscht sein. Die politischen Anforderungen der nächsten Zeit erfordern eine ganz besondere Anspannung der Bereitschaft aller Volkskreise. Die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Erkelenz waren zum größten Teile vertraulicher Natur. Das unbesetzte Gebiet müsse mehr tun zur Unterstützung der Ruhr, das deutsche Volk mehr Gemeinschaftssinn entwickeln. Die überwiegend wirtschaftliche Auffassung unserer Lage müsse einer gesunden idealen Note machen. Die Aussprache brachte die Einigkeit des Parteitages zum Ausdruck.

Friedericus Rex. Ein Soldat aus Friedrichs Armee hatte von einem wundertätigen Muttergottesbild einen Edelstein gestohlen. Seine Tat wurde entdeckt. Er behauptete freilich, die Muttergottes habe ein Wunder getan, sie habe ihm, in Ansehung seiner bitteren Not, den Edelstein geschenkt. Aber das Kriegsgericht glaubte ihm nicht, es verurteilte ihn zum Tode, und der König sollte das Urteil bestätigen. Dem lag an einem Soldaten mehr als an einem Heiligenbild, und er richtete an den nächsten Bischof die Frage, ob denn nach den Lehren der katholischen Kirche ein solches Wunder möglich sei. Der Bischof mußte antworten, möglich sei es, Friedrich kassierte das Urteil und schrieb an den Rand: „Der Soldat wird freigesprochen, weil nach den Lehren seiner Kirche die Muttergottes so etwas wirklich tun kann. Ich verbiete ihm aber bei Todesstrafe, je wieder Geschenke von dieser Dame anzunehmen."

Freigabe deutscher in Amerika beschlagnahmter Kunstwerke. Nach Mitteilung der deutschen Botschaft in Washington sind jetzt dort die deutschen Kunstwerke freigegeben worden, die der Verwalter des feindlichen Vermögens im Kriege mit Beschlag belegt hatte. Es handelt sich um eine große Reihe von Werken aus allen deutschen Kunststädten, die auf Einladung des Carnegie-Instituts 1913—14 nach den Vereinigten Staaten geschickt worden sind. Angesehene Künstler, wie die Berliner Otto H. Engel, Ulrich Hübner, Will Ter Hell, Richard Müller aus Dresden, Göhler, Hellwag und Hans v. Volkmann aus Karlsruhe, Hambüchen aus Düsseldorf, Thed aus Weimar, Karl Ziegler aus Königsberg, Benno Becker, Richard Kaiser, Leo Puth, Walter Thor und Heinrich v. Zügel aus München, waren darunter. Man hegte die Absicht, die freigegebenen Werke, die auf dem Kriege in San Francisco und anderwärts in den Staaten ausgestellt waren, im Carnegie-Institut zu zeigen und eine Wanderausstellung dieser Werke in den größten Städten Amerikas zu veranstalten.

Das Land der jüngsten Revolution.

Eine unruhvolle Vergangenheit.

Der seltsam streitbähnige Sinn der Bulgaren ist von je eine der besten Marschstraßen für Aufstände und Revolutionen gewesen. Diese Menschen sind ein so wertwürdiges Mischvolk, so daß ihr revolutionärer, oppositioneller Geist ganz erklärlich erscheint. Aus den alten Thrazern, einem rein arischen Volke, den Serben und Russen, haben sich die heutigen Bulgaren herausentwickelt.

Bis zum Jahre 1396 war ihr Land in ewigen Umwälzungen begriffen. Cäsaren, Fürsten, Volksregierungen, Sultane und Diktatoren trieben da unten ihr abwechslungsreiches Gesellschaftsspiel, zu dessen Beschreibungen ganze Bände notwendig wären. Seit dem endgültigen Siege der Türken über das kläglich zerfetzte Reich am Ausgang des 14. Jahrhunderts, schien jedoch der kriegerische Volkscharakter der Bulgaren in das Gegenteil um. Bis 1762 die neubulgarische Bewegung durch die literarische Tätigkeit des Mönches Paysios, der 1762 am Athos eine bulgarische Chronik schrieb, die Erinnerung an die alte Größe und Unabhängigkeit aus fast dreihundertjährigem Schlafe erweckt wurde. Die hierfür folgenden Aufstände entsprangen vorerst aus den Religionsverhältnissen, da ihr Bestreben dahin ging, den griechischen Klerus los zu werden, der sich dort genau wie bei uns im Mittelalter im Besitze der weltlichen Macht befand. All diese Aufstände wurden von den jahrzehnten bulgarischen Emigranten geleitet, die in Bukarest ihren Hauptsitz hatten, geheime Revolutionskomitees organisierten und die Verbindung des Landes von den Türken durchführen wollten. Im Mai dieses Jahres waren es 50 Jahre gewesen, daß diese Bändig alimmende Revolution zu einem furchtbaren Schrei, zu einem krampfhaften Aufflammen anschwoll und doch einen schrecklichen Zusammenbruch erlebte. 58 Ortschaften mit über 12 000 Menschen beiderlei Geschlechts wurden von der erbitterten mohammedanischen Bevölkerung vernichtet. Die Folge dieses Blutbades war der russisch-türkische Krieg, der am 3. März 1878 durch den Frieden bei San Stefano beendet wurde; dieser Frieden verhalf dem Lande Bulgarien wieder zu einem selbständigen Staatswesen. Ein Jahr später wählte die Deputiertenkammer einen Prinzen Alexander von Battenberg als Alexander I. zum Fürsten von Bulgarien. Und nun zeigte sich hier zum ersten Male ein Vorgang, der sich vor einigen Wochen in Bulgarien aufs Neue wiederholt hat. Der Ministerrat, heute wie damals mit dem Einfluß linksradikaler Agitatoren, zwang den Fürsten, ihm seine Macht zu übertragen. Im Jahre 1881 machte Alexander allerdings diesem Zustand durch einen Staatsstreich ein Ende, indem er dieses radikale Ministerium beseitigte.

Das war die letzte bulgarische Revolution, bis die Beseitigung Stambulskis wieder ein neues Kapitel in der Geschichte der bulgarischen Revolution eröffnet hat.

*

Die bulgarische Freiheitsdichtung und ihr deutsches Vorbild.

Die bulgarische Literatur ist wohl die jüngste in Europa. Bis in die 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts herrschte im bulgarischen Schrifttum ein fürchterliches Kauderwelsch. Anfangs wurden die Hauptstützen der Literatur von den Serbischen gezogen, die sie noch mit dem heißen Blutdurst ihrer Rasse versahen, sogen auch sie die Begeisterung für die Freiheit ein. So entstehte unsere Poesie ihr Vaterlandsgefühl, das unter der Bevölkerung wahre Wunder wirkte. Der Bulgare Rajow übersetzte z. B. die Lieder Collins und versetzte damit seine ganze Umgebung in Entzücken. Aber niemanden in Bulgarien wäre es eingefallen, sich in dem in den Liedern genannten Feinde die Franzosen vorzustellen.

Den besten Beweis für den kolossalen Einfluß deutschen Schrifttums liefert Sofrai, der studienhalber nach Jena gekommen war, und sich 1817 am Wartburgfest beteiligt hatte. Auch in ihm loderte das Vaterlandsgefühl mächtig auf, wie bei den übrigen Teilnehmern, aber sein Haß wandte sich gegen die Feinde seines Vaterlandes, seines Volkes. So wurde auf der Wartburg der slavische Romantismus geraßtigt.

Aber auch unsere großen klassiker Klopstock, Goethe, Schiller, Lessing und Herder nehmen in der bulgarischen Literatur ihre feste Stellung ein. Nach Klopstocks Bardenliedern entstanden auch dort klassisch begeisterte Bardengesänge. Goethe wurde geradezu vergöttert, klassisch veranlagte Geister verehren die Romanzen Schillers, die Fabeln Lessings, aber besonders tief eingreifend in die bulgarische Völkerseele wirkten die humanen Ideen Herders.

*

Der Bauer, der Träger der bulgarischen Volkskraft.

Lange ist in Bulgarien durch den politischen Druck die Entwicklung der Industrie verhindert worden. Die Herstellung von Silber- und Eisenwaffen, Teppichen, Stickereien, Mützchen und Haushaltgegenstanden, hatte die Hauptstütze einer lebhaften industriellen Tätigkeit, ist noch verhältnismäßig jungen Datums. Das liegt wohl vor allem mit daran, daß die Bulgaren von Hause aus Bauern sind.

Jahrelange recht hübsche Bauernregeln legen davon beredtes Zeugnis ab. Eine davon für den Juni bestimmt und aus dem westlichen Bulgarien stammend, ist amüsant genug, um sie hier zu zitieren. Sie ist von Ernst Geyer folgendermaßen übertragen worden:

„Eine Elster allein ist schlechten Wetters Zeichen,
Doch fliegt das Elternpaar, wird schlechtes Wetter weichen
Singt die Grasmück, dann treiben die Reben,
Will Gott ein gutes Jahr uns geben.
Singt die Lerche hoch, singt lange hoch oben,
Habt bald ihr das liebliche Wetter zu loben!
Der Mittag des Freitags prägt oft uns ein,
Wie künftigen Sonntag das Wetter wird sein.
Stellt der Juni mild sich ein,
Wird mild auch der Dezember sein.
Juni trocken mehr als naß,
Bringt gut Naß dem Winzerfaß."

Schwedens Küste senkt sich!

Die neuesten Forschungen haben erwiesen, daß sich die Ostküste Schwedens ständig senkt, während das Meer an der südlichen und südwestlichen Ostseeküste immer frisches Land anschwemmt. Geologische Untersuchungen führten nämlich bei Ystadt an der Küste zu der Entdeckung eines Moorlagers, das sich tief unter der Sandecke hin erstreckt. In diesem Moor fand man Schiffsreste, Teller aus Messing, Eisenbüchsen, Kugeln von Stein und Knochen und konnte feststellen, daß diese Dinge ein Alter von etwa 300 Jahren besitzen. Bei weiteren Grabungen fand man in einer Moräne Feuersteine und Hornwerkzeuge, die aus der Zeit von 1000 bis 1100 n. Chr. stammen müssen. In einem Jahrtausend hat also Schweden ganz bedeutende Küstenveränderungen zu verzeichnen, die weit über das übliche Maß der durch den anschwemmenden oder abtragenden Einfluß des Meeres bedingten Veränderungen hinausgehen.

Bruno Kaßner lebensgefährlich verletzt. Wie uns aus Lugano mitgeteilt wird, hat Bruno Kaßner, der sich zurzeit für mehrere Filmaufnahmen in Italien befindet, einen schweren Unglücksfall erlitten. Die Ursache war die Explosion des Benzinstants seines Motorrades, mit dem er sich von einer Filmaufnahme zu seiner Wohnung in Lugano zurückbegeben wollte. Er hat schwere Unterleibsverwundungen davongetragen und liegt gegenwärtig in der Klinik des Prinzen Gagoli.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230622010/fragment/page=0002